

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

109 (19.11.1946)



BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe a. Rh., Lammstraße 7, Tel. 4051/53, Erschließungsweise 3mal wöchentlich, Bezugspreise für Pforzheim (Eberstraße 18) und für Bruchsal (Ecke Schönborn- u. Wilderichstr.)

1. Jahrgang

Karlsruhe, Dienstag, 19. November 1946

Nummer 109

Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Monatlich Bezugspreis RM 2,20, durch die Post bezogen RM 2,60 zuzüglich RM 0,30 Zustellgebühr. Anzeigenpreis: Die 100sp. Nonp.-Zeile RM 2,- in Bezirksausg. RM 1,-. Amtl. Anz. die Hälfte.

Labour-Abgeordnete kritisieren

London, 18. Nov. (dona-Reuter) 41 Parlamentsmitglieder der britischen Arbeiterpartei brachten am 12. d. Mts. einen Abänderungsantrag zu der in der Thronrede König Georgs dargelegten Außenpolitik der britischen Arbeiterpartei ein. In dem Antrag wird die ernste Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß die britische Regierung ihre Außenpolitik revidiere, um eine Zusammenarbeit mit allen Nationen und Gruppen zu erreichen. Ferner wird eine umfassende sozialistische Planung und Kontrolle der Weltrohstoffquellen gefordert. Dadurch solle eine demokratische und konstruktive sozialistische Alternative zu dem sonst unvermeidlichen Konflikt zwischen dem amerikanischen Kapitalismus und dem sowjetischen Kommunismus geschaffen werden.

Englisches Oberhaus beunruhigt

London, 18. Nov. (dona-Reuter) Von York gab laut BBC im englischen Oberhaus am 13. d. Mts. in der Debatte über das Regierungsprogramm, das von König Georg in seiner Thronrede bekanntgegeben worden war, seine tiefen Beunruhigung und Sorge über die Zustände in Deutschland und Oesterreich Ausdruck. Lordkanzler Jowitt erklärte, Europa könne nicht froh, zufrieden und wirtschaftlich gesund sein, solange Deutschland elend und arm ist.

Russische Anschuldigung

Moskau, 18. Nov. (ap) Nach der Besichtigung verschiedener Flüchtlingslager in Westdeutschland erklärte ein Korrespondent der sowjetischen Zeitung "Roter Stern", A. A. Rowlow, die Vertreter der anglo-amerikanischen Militärbehörden unterbinden die Registrierung von russischen Flüchtlingen in die Sowjetunion. Auf die Anschuldigungen erklärte am Samstag Vertreter der Abteilung für verschleppte Personen in der US-Armee, es sei nicht wahr, daß die amerikanischen und britischen Behörden die Registrierung von Flüchtlingen, die in die Sowjetunion zurückkehren wüssten, verhindern.

Gruber zur österreichischen Politik

New York, 18. Nov. (dona) "Oesterreich braucht keinen Friedensvertrag, was es braucht, ist eine Erklärung der großen Vier, daß die Bestimmung unseres Landes beendet ist", erklärte der gegenwärtig in den Vereinigten Staaten weilende österreichische Außenminister Dr. Gruber in einer Pressekonferenz in New York.

Beratende Landesversammlungen in der französischen Zone

Freiburg, 18. Nov. (dona) Nach dem nunmehr vorliegenden Ergebnis der badischen Wahlen für die beratende Landesversammlung entfielen von insgesamt 61 Sitzen 37 auf die CDU, auf die SPD 11, DVP 9 und KPD 4 Sitze.

Endgültiges Wahlergebnis Württemberg

Tübingen, 18. Nov. (dona) Bei den Wahlen für die beratende Landesversammlung Württembergs waren von den Kreisräten 373 Wahlberechtigte und von den Gemeinderäten 285 Wahlberechtigte zu verzeichnen. Bei der ersten Gruppe machten 368 von ihrem Wahlrecht Gebrauch, bei der zweiten Gruppe 281. Insgesamt 367 gültigen Stimmen der Kreisrätsmitglieder entfielen auf die KPD 20, SPD 69, CDU 245 und DVP 33. Die Sitze verteilen sich folgend: CDU 14, SPD 7, DVP 4 und KPD 2. Insgesamt erhielten die CDU 14 Sitze, SPD 14, DVP 7 und KPD 4.

Gesamtergebnis Rhein-Pfalz

Im rhein-pfälzischen Land entfielen nach dem jetzt vorliegenden Gesamtergebnis von insgesamt 127 zu wählenden Vertretern der beratenden Landesversammlung auf die CDU 41, die SPD 41, die KPD 9, liberale Partei 2 und SVB (Sozialistischer Volksbund) 5.

Städte fordern Friedens- und Rechtszustand

Stuttgart, 18. Nov. (Eigenbericht der BNN) Am Samstag wurde auf Schloß Hohenheim in Stuttgart die dritte interzonale Städtekonferenz fortgesetzt, die auch am zweiten Tage zahlreichen Oberbürgermeistern und Stadtdirektoren verschiedener Zonen besucht war. Oberbürgermeister Veit, Karlsruhe, führte nach am zweiten Tage mit Umsicht die Konferenz. Nach einem Referat des Direktors der baden-württembergischen Hochschule, Prof. Müllinger, der sich gegen eine Aufteilung des baden-württembergischen Bodens aussprach und in eine Vermehrung der Not in den Städten äußerte, sprach der Geschäftsführer des württembergisch-badischen Städtetages, Dr. Haas, Karlsruhe, über die Gefahren, mit denen die Städte im kommenden Winter zu rechnen haben. Er sah bereits bedenkliche Ansätze für die Ernährung vor und forderte, daß das Problem nicht rechtzeitig gelöst werde, dürfe man die Gemeindeverwaltung nicht für das, was unter Umständen aus der Not der Menschen entstehen könne, verantwortlich machen. Eine wirtschaftlichen Katastrophe könne, solange die Besatzungsmacht um Hilfe gebeten werden.

Geringe Fortschritte in Triester Frage

Die UN-Vollversammlung für mäßige Anwendung des Vetos — Gleiche Rechte für die Frauen — Italien antwortet Jugoslawien

New York, 18. Nov. (dona-Reuter) Der US-Delegierte Senator Tom Connally sagte am Freitag bei der Wiederaufnahme der Debatte über das Vetorecht, daß von ihm nur in wenigen Ausnahmefällen Gebrauch gemacht werden solle. Die USA erachteten das Prinzip der Einstimmigkeit als von großer Bedeutung für einen Erfolg der UN.

Senator Vandenberg erklärte: „Wir sind der Ansicht, daß die den Großmächten durch die Charta auferlegte Verantwortung von ihnen fordert, jede Anstrengung zu unternehmen, um in den wichtigen Fragen im Sicherheitsrat ein Übereinkommen zu erzielen. Wir bestehen darauf, daß die Anwendung des Vetos keine Macht von den grundsätzlichen Verpflichtungen befreit, die sie durch die Charta auf sich genommen haben. Wir sind der Ansicht, daß der Sicherheitsrat sich auf eine umfassende Liste von Arten von Entscheidungen einigen sollte, bei denen das Vetorecht nicht angewandt werden kann. Abschließend rief der Senator aus: „Wenn die UN nicht funktioniert, so könnte diese Organisation letzten Endes zusammenbrechen. Diese Organisation darf nicht untergehen. Sie muß weiter bestehen.“

Der stellvertretende sowjetische Außenminister Andrej Wyschinski erklärte: „Einige der Handlungen, Bemerkungen und Schritte, die einige der Delegationen hier unternommen haben, zielen darauf ab, die Einheit der Großmächte zu zerstören.“

Wyschinski sagte weiter, die Sowjetunion werde stets den Prinzipien und Grundlagen gemäß handeln, auf denen die gegenwärtige Charta aufgebaut ist.

Verteidigung der Frauenrechte

Die Leiterin der indischen Delegation Vijaya Lashmi Fandit wandte sich gegen den dänischen Antrag, der alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen ersuchte, den Frauen gleiche politische Rechte zu gewähren.

Der Ausschuss nahm anschließend einstimmig eine Resolution an, durch die den Frauen dieselben politischen Rechte wie den Männern zugesichert werden.

Diskussion um Triest

In einer nicht-öffentlichen Sitzung behandelte der Außenministerrat am Freitag erneut die Frage der Kontrolle der Polizei in Triest. Die Außenminister gelangten zu einer allgemeinen Verständigung in folgenden Punkten: 1. Die Rekrutierung der Polizeikräfte soll dem Polizeichef obliegen. 2. Der Gouverneur hat in Notstandszeiten die Leitung der Polizei zu übernehmen. 3. Der Gouverneur ist für die Einhaltung des Statuts verantwortlich.

Der Punkt, daß die Polizeibeamten und die ausübenden Polizeiorgane durch den Polizeichef eingestellt und entlassen werden sollen, wurde einstimmig angenommen. Darüber, daß der Polizeichef in normalen Zeiten dem Rat der Regierung unterstellt sein soll, von dem entsprechende Weisungen erhält, wurde ebenfalls schnelle Einigung erzielt. Darüber, daß der Gouverneur regelmäßig von dem Polizeichef Berichte erhalten soll, wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Zu einem weiteren Punkt des französischen Vorschlags wurde ein Zusatzantrag Molotows angenommen, durch den der Gouverneur sein Veto nur nach Beratung mit dem Rat der Regierung einlegen kann.

Die Außenminister einigten sich weiter über den letzten Punkt, daß der Gouverneur in Notzeiten das Recht haben soll, die gesamte Kontrolle der Triester Polizei zu übernehmen.

Gegen Schluß der Sitzung unterbreitete Molotow neue sowjetische Vorschläge über wirtschaftliche Fragen für das Triester Gebiet, die der Triester Freizone das Recht geben, eine Zollunion mit Jugoslawien und den benachbarten Gebieten einzugehen.

Ein Vorschlag Bevins

Der britische Außenminister Bevin hat am Donnerstag an die Leiter der UN-Delegationen

der USA, Chinas, Frankreichs und der Sowjetunion einen Brief gerichtet, in dem die Einberufung einer Sitzung der fünf Großmächte vorgeschlagen wird, um über die Frage des

3. Juli getroffenen Entscheidungen über die italienisch-jugoslawische Grenze und Triest aufrecht.

2. Großbritanien wird beide Entscheidungen und die auf der Pariser Konferenz angenommenen Empfehlungen voll unterstützen.



Der Außenministerrat. Von links nach rechts: Der Vertreter Frankreichs, stellvert. Außenminister Maurice Couve de Murville; der britische Außenminister Ernest Bevin; der Außenminister der Sowjetunion, Wladimir M. Molotow und der amerikanische Außenminister James F. Byrnes. (dona-Bild)

Vetorechts der Großmächte bei Entscheidungen der UN zu beraten.

Zwischen Außenminister Bevin und Außenminister Byrnes fand am Sonntag eine Besprechung über die Triester Frage und das Vetorecht statt.

Großbritannien hat der italienischen Regierung seine Antwort auf das Memorandum überreicht. Die Punkte sind u. a.:

1. Der Rat der Außenminister erhält die in Paris am

3. Die britische Regierung steht dem Gedanken direkter Verhandlungen wohlwollend gegenüber.

4. Die Entscheidung, ob Italien in direkte Verhandlungen mit Jugoslawien eintreten soll, muß von der italienischen Regierung allein getroffen werden.

5. Was die Garantien betrifft, um die Italien bereits im Voraus für ein mit Jugoslawien erzieltes Übereinkommen ersucht, so hält die britische Regierung den Zeitpunkt für verfrüht, um Garantien für ein rein hypothetisches Abkommen zu erörtern.

6. Großbritannien ersucht die italienische Regierung, es jederzeit über den Fortschritt etwaiger direkter Verhandlungen voll zu informieren.

Anglo-amerik. Zonenverhandlung

Um die wirtschaftliche Vereinigung — Differenzen um Kalorien und Besatzungskosten

Washington, 18. Nov. (ap) Die anglo-amerikanische Konferenz über die wirtschaftliche Vereinigung der amerikanischen und britischen Besatzungszonen in Deutschland wies im Verlauf der Besprechungen am 14. November über die wirtschaftliche Vereinigung der beiden Zonen in Deutschland Schwierigkeiten bei Erörterung der Frage der Lebensmittellieferungen auf. Die amerikanischen Delegierten schlugen eine Grundration von 1800 Kalorien pro Tag für die nächsten drei Jahre vor. Die britischen Vertreter verlangten eine ständig wachsende Zuteilung, die im dritten Jahr 2100 Kalorien erreichen soll.

Auch über die Frage des Beitrags der beiden Staaten zur Lösung des entsprechenden Finanzproblems gingen die Meinungen auseinander. Die britische Delegation vertrat die Ansicht, daß die finanziellen Beiträge zur Erhaltung Deutschlands praktisch eine langfristige Anleihe darstellten, die Deutschland nach seinem wirtschaftlichen Wiedererstarken zurückzahlen müsse.

Die britische Delegation stellte sich auf den Standpunkt, daß Großbritannien als Schuldnerland nicht in der Lage sei, eine langfristige

Anleihe zu gewähren, während dies für die Vereinigten Staaten als größtes Gläubigerland weit einfacher sei. Aus diesem Grunde müsse nach britischer Ansicht Amerika die größere finanzielle Last bei der Wiederherstellung der deutschen Industrie und bei der Aufgabe, die Deutschen am Leben zu erhalten, tragen. Die amerikanischen Vertreter wandten sich scharf gegen diese Auffassung. Sie erklärten, daß die entstehenden Kosten nach der Bevölkerungszahl der beiden Zonen auf die Besatzungsmächte verteilt werden müßten. Dies würde bedeuten, daß die Engländer, deren Zone eine größere Bevölkerung hat, 58 Prozent der Unkosten und die Amerikaner nur 42 Prozent zu tragen hätten.

Export-Importprogramm der Westzonen

Berlin, 18. Nov. (ap) Deutsche Wirtschaftsbeauftragte der britischen und amerikanischen Zonen haben der Militärregierung ein Zwei-zonen-Export-Importprogramm unterbreitet, das darauf hinzielt, die beiden Zonen innerhalb von drei bis fünf Jahren wirtschaftlich selbständig zu machen.

Der deutsche Zweizonen-Exekutivsausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten hat zu nächst einen Einjahresplan für die Durchführung von Ein- und Ausfuhr entworfen, der die Errichtung eines Vorratsfonds seitens des Verbandes für die Finanzierung des Wiederaufbaus zerstörter Gebiete in den Zonen vorsieht, mit dessen Hilfe die erforderlichen Rohstoffzufuhren bezahlt werden sollen.

Sollte in der Zwischenzeit ein Viermächte-Abkommen über die wirtschaftliche Einheit ganz Deutschlands getroffen werden, so werde man sich bemühen, diesen Zwei-Zonen-Export-Importplan auf vier Zonen auszuweiten. Es ist beabsichtigt, die wirtschaftliche Selbständigkeit bis 1950 oder 1951 zu erlangen. Unter dem Einjahresplan, der für das Jahr 1947 aufgestellt ist, werden in erster Linie Kohle, verschiedene Arten von Maschinen, Textilien, keramische Artikel, Bauholz und optische Instrumente ausgeführt. Die wichtigsten Einfuhren sind Lebensmittel und Rohstoffe, die für die Herstellung exportfähiger Waren benötigt werden.

Englische Fische und russische Kartoffeln

Hilfe für britische Zone

Hamburg, 18. Nov. (ap) Ein Beamter der britischen Militärregierung erklärte, daß drei deutsche Schiffe mit deutscher Besatzung, Fische für die britische Zone Deutschlands laden sollen. Zwei weitere Schiffe fahren nach einem Hafen der sowjetischen Zone, um Kartoffeln abzuholen.

dona und ap funkten: Aus aller Welt

New York. Der tschechische Außenminister Jan Masaryk und der polnische Außenminister Wincenty Rzymowski gaben am 15. d. Mts. in einer Pressekonferenz bekannt, daß sie an den Außenministerrat Noten gesandt hätten, worin sie um die Genehmigung ersuchen, sich an dem Entwurf des Friedensvertrages für Deutschland zu beteiligen. (ap)

Paris. Der Leiter der französischen Kommunisten, Maurice Thorez, gab ein Interview und erklärte, die Kommunisten wollten in Zukunft die Freundschaft Frankreichs zu Großbritannien noch enger gestalten. Die Entwicklung der Demokratie zeige, daß es auch andere Wege zum Sozialismus gebe als denjenigen, den die Sowjetunion eingeschlagen habe.

Rom. Der ehemalige Generaloberst von Makkensen, früherer Befehlshaber der 14. Armee in Italien, wurde am 13. d. Mts. unter britischer Bewachung von Deutschland nach Rom gebracht, wo er sich am 18. d. Mts. unter der Anklage des Kriegsverbrechens vor Gericht zu verantworten haben wird. (dona-Reuter)

Letzte Neuigkeiten

Washington, 18. Nov. (ap) Amerikanische Vertreter haben England ersucht, wenigstens fünfzig Prozent der Verwaltungskosten für die britische und amerikanische Zone in Deutschland zu tragen.

London, 19. Nov. (dona-Reuter) Die britischen Kohlenbergwerke werden am 1. Januar 1947 verstaatlicht werden.

Tokio, 19. Nov. (dona-Reuter) Der ehemalige japanische Ministerpräsident Hideki Tojo gab im Verhör des japanischen Kriegsverbrecherprozesses am Montag zu, daß er der Hauptverantwortliche für den Angriff auf Pearl Harbour war.

Nürnberg, 19. Nov. (dona) 45 Deutsche aus Nürnberg und Umgebung werden Gelegenheit haben, der 1. Sitzung des Prozesses gegen Naziführer am 21. November im Nürnberger Justizpalast beizuwohnen. Es ist beabsichtigt, auch für die kommenden Prozesse ständig Deutsche aus allen Ländern der amerikanischen Besatzungszonen zuzulassen.

Südbaden gegen Zusammenschluß

Stuttgart, 18. Nov. (dona) Der Präsident der Landesverwaltung des französisch besetzten Südbadens hat an die Landesversammlung von Württemberg-Baden einen Brief gerichtet, in dem er sich gegen einen Zusammenschluß mit Nordwürttemberg-Baden ausspricht.

„Die badische Landesverwaltung sieht sich nicht in der Lage“, heißt es in dem Schreiben, von der mitgeteilten Entscheidung, worin die Landesversammlung den Zusammenschluß mit dem Süden als wünschenswertes Ziel bezeichnet, Kenntnis zu nehmen, ebenso wie sie im Interesse der Einheit, Unteilbarkeit und Selbstständigkeit des badischen Landes auch die im Verfassungsentwurf von Nordwürttemberg und Nordbaden in Form und Art zum Ausdruck gebrachten Unionbestrebungen zurückweisen muß.“

KURZ BELEUCHTET

Der herannahende Winter, der jetzt schon seine Vorboten, Regen und Frost, voraussieht, bringt insbesondere für die großen städtischen Kommunen unerträgliche Belastungen, die sich aus der Verpflichtung, der beispiellosen Not zu steuern und der Unmöglichkeit, die dafür notwendigen Mittel in ausreichendem Maße bereitzustellen, zwangsweise ergeben.

Mit erschütternder Eindringlichkeit haben die Vertreter einer großen Zahl deutscher Städte, die sich vor einigen Tagen in Stuttgart zur interzonalen Städtekonferenz zusammengefunden hatten — übrigens auf Initiative und unter Leitung des Karlsruher Städtetages — auf die ausbrechende Krise in den westlichen Großstädten hingewiesen. Es wird in einer Entschließung sogar vom Untergang größerer städtischer Bevölkerungsteile gesprochen und es liegt keinerlei Grund vor, hier von Übertreibungen zu sprechen. Die moralische Berechtigung, in dieser aus Mangel an allen Reserven noch stündlich sich steigenden grauenhaften Not der Gegenwart Hilfe von den Gebieten zu erhoffen und zu verlangen, die noch dazu in stande sind, ergibt sich nicht nur aus der besonderen Bedeutung, die die großen Kommunen im staatlichen Leben haben, nicht nur aus der schicksalsmäßigen Verbundenheit aller Teile unseres Volkes, sondern auch aus der historischen Leistung, die die Gemeinden in den Tagen des Umbruchs 1945 in der Abwendung des Chaos für die Allgemeinheit vollbracht haben. Damals, als die staatliche Organisation in Nichts zerbrach und der tönerne Koloß in Stücke zerfiel, die Menschen in den Städten unmittelbar vor Gesetzlosigkeit und Chaos standen, haben die Gemeinden, vorab auch die großen, die Zerreißprobe auf ihre Standfestigkeit abgelegt. Als Wellenbrecher der Not hielten die Selbstverwaltungskörper als letzte Organisation des zivilen Lebens stand und haben Millionen Menschen vor dem Aussterben bewahrt. Sie können heute in einem Stadium, wo sie außerstande sind, auch durch die Mobilisierung der allerletzten Mittel ihre sozialen Verpflichtungen und Lasten zu erfüllen, wohl für sich das moralische Recht in Anspruch nehmen, an die Hilfe der andern und der ganzen Welt zu appellieren. W.B.

Demokratische Führung

Von Werner Orth

Eine Jugend, die groß geworden ist in dem Bewußtsein, daß Treue und Gefolgschaft zu einem „Führer“ ihre Ehre bedeuten, steht heute einer Staatsform kritisch und vielfach ablehnend gegenüber...

Während der „Führer“ Anspruch erhebt auf blinden und gläubigen Gehorsam, auch und gerade dann, wenn die „Gefolgschaft“ ihm und seine Befehle nicht verstand, verlangt eine demokratische Führung gerade die Kritik aller Menschen...

Es ist die Aufgabe des Volkes, sich eine Organisation zu schaffen, die die Gewähr dafür bietet, daß auf der einen Seite nicht Staatsorgane mit diktatorischen Gelüsten eines Tages ohne und gegen das Volk regieren können...

Aufgabe der Parteien in ihrer inneren Verfassung ist es aber auch, bei der Bestimmung der Richtlinien ihrer Politik, vor allem aber auch bei der Auswahl ihrer Kandidaten genau so demokratisch zu verfahren, wie es im Staat verlangt werden muß...

Die beste Regelung in einem Gesetz — auch wenn dieses Gesetz eine Verfassung ist — bleibt jedoch toter Buchstabe, wenn nicht der Staatsbürger das ist, was er in einer Demokratie sein muß: Demokrat!

Man kommt nach Berlin. Steht vor einer Plakatsäule. Plakate aller Parteien, Auftritte des Magistrats — und Theaterplakate. Ein großes, auf dem die sieben städtischen Theater — Deutsche Staatsoper, Schauspieloper, Deutsches Theater mit den Kammertheater, Heroldtheater mit der Volksbühne, das Theater am Schiffbauerdamm mit dem Märchentheater, das Schloßparktheater in Steglitz und das Metropol-Theater — ihren Spielplan verzeichnet haben...

Deutsche Betriebe als Reparationen

Zu 75% Abgabe an westliche Alliierte — Genauste Ueberprüfung der Abrüstung — Frankreich fordert mehr Reparationen

Berlin, 18. Nov. (dona) Das für Reparationszwecke vorgesehene Material, das wie General William H. D. Frazer bekanntgab, zu 75 Prozent an 18 westliche Alliierte und zu 25 Prozent an Polen und die Sowjetunion verteilt wird...

Liquidation deutscher Rüstungsindustrie Berlin, 18. Nov. (ap) Aus Vertretern aller vier Mächte zusammengesetzte Inspektionsgruppen werden sich über den Fortgang der Zerstörung der deutschen Rüstungsindustrie unterrichten und

Deutsche Kriegsgefangene in Polen

Berlin, 18. Nov. (dona) 89, Ober Heinz 2, 10, 26, Ober Hermann 8, 9, 25, Ober Georg 15, 10, 20, Ober Joachim 29, 4, 26, Pappas Ferdinand 27, 3, 13, Pahl Artur 22, 1, 25, Pahl Erich 27, 10, 00, Pahl Heinz 23, 12, 14, Quast Heinz 18, 2, 22, Quast Ebrahim 7, 11, 97, Quast Kurt 13, 10, 98, Quast Christian 25, 3, 18, Raffel Jan 4, 9, 20, Raffel Reinhold 9, 12, 25, Raffel Franz 8, 15, Raffel Friedrich 20, 5, 96, Sackow Georg 27, 10, 11, Sackow Willi 26, 10, 02, Sackow Kurt 25, 3, 19, Sackow Kurt 11, 3, 05, Sackow Herbert 23, 1, 05, Sackow Michael 18, 1, 04, Sackow Heinz 5, 4, 08, Sackow Josef 15, 6, 05, Stadler Rudolf 21, 1, 06, Stadler Heinz 14, 5, 26, Stadler Fritz 16, 06, Stadler Joachim 14, 9, 07 (Fortsetzung in nächster Nummer)

Frankreich stellt Ansprüche Paris, 18. Nov. (dona-Reuter) „Wir würden schon morgen ein Bündnis mit Großbritannien schließen, wenn das deutsche Problem auf eine uns zufriedenstellende Art gelöst würde“, erklärte Maurice Thorez, der Generalsekretär der französischen Kommunisten und Vizepräsident ohne Portfeuille, am 14. d. Mts.

Interessantes in Kürze Die beschuldigt werden, Geistesranke getötet zu haben. Düsseldorf. Kleine örtliche Streiks waren im Ruhrgebiet die Folge des Bekanntwerdens der Nachricht über die 50prozentige Kürzung der Brotzuteilung. (dona-Reuter)

Freiburg/Br. Der Prozeß gegen den Mörder Erzbürgers, Tillessen, beginnt am 25. Nov. vor einem deutschen Gerichtshof in Freiburg. Wiesbaden. Der großhessische Justizminister hat den Strafantrag gegen den Lenzträger des „Wiesbadener Kurier“, F. O. Uim am 12. d. Mts. zurückgenommen. Ministerialrat Dr. Arndt hat sich diesem Vorgehen angeschlossen und seinen Strafantrag ebenfalls zurückgenommen. (dona)

Theaterleute: es war ein großer Erfolg und die Ortskundigen: Gott, ist dieser Kritiker geistreich. Der alte Streit, für wen nun eigentlich Theater gespielt wird, für das Theater selbst oder für die Kritik oder vielmehr für das Publikum, dieser Streit ist in den letzten Monaten in Berlin wirklich nicht entschieden worden. Und endlich geht man nun ins Theater, sofern man eine Karte bekommt. Das ist die erste Mühe; die zweite, die Kritik zu vergessen, sofern man einer dpr. „Vielen“ ist, die sich eine eigene Meinung finden wollen, um die dritte ist dann — manchmal — bis zum Ende der Vorstellung durchzuhalten. Dies scheint auch der Grund zu sein, warum die meisten Berliner Theaterbesucher erst während des I. Aktes in die Vorstellung kommen (was passiert schon im I. Akt) der zweite Akt verläuft dann ziemlich ruhig, während im III. Akt die Zuschauer bereits beginnen, nach Hause zu gehen.

Sonderfond für Wiedergutmachung Stuttgart, 18. Nov. (dona) Das Gesetz zur Bildung eines Sonderfonds zum Zwecke der Wiedergutmachung wurde von der amerikanischen Militärregierung genehmigt. Das Gesetz sieht Zahlungen an geschädigte Personen und deren unterhaltsberechtigten Angehörigen vor, die zur Zeit des Beginns des ihnen zugefügten Unrechts in dem betreffenden Lande ihren Wohnsitz hatten.

Abbruch der Zeit-Verhandlungen Berlin, 18. Nov. (dona) Die Verhandlungen zwischen den sowjetischen Behörden und der deutschen Industrie haben zu einer Einigung über das endgültige Schicksal der Zeit- und Schrottwerke in Jena geführt, so daß die Versorgung Deutschlands mit optischen Artikeln sichergestellt sei.

Reibtröp unter Druck Washington, 18. Nov. (ap) Göring habe zwölf Jahre lang den Außenminister des Dritten Reiches, von Ribbentrop, unter Druck gehalten, indem er belastende Dokumente aus Ribbentrops Vergangenheit in persönlicher Verwahrung hatte, erklärte Dr. Robert Kemper, ein Mitglied der amerikanischen Anklagebehörde im Nürnberger Prozeß.

Frankfurt. Mit dem Eichbergprozeß beginnen am 2. Dezember vor 4. Strafkammer des hiesigen Landgerichtes eine Reihe von Prozessen gegen Aerzte und Personal der Heilanstalten Hadamar, Eichberg und Kaimenhof, allem russische — Werke herauszubringen (demnach ist die Uraufführung des „Postmeisters“ von F. Reutter) legt die Städtische Oper einen Spielplan vor nach dem Motto „für jeden Etwas“, der jeder kleineren Stadt alle Ehre machen würde.

Das freie Wort

Von Herrn Franz Scheller, Pforzheim, Wollbergallee 62, ging uns folgende Zuschrift zu: „Ich habe meine politische Ansicht mit manchen „guten Deutschen“ ausgetauscht und dabei Erfahrungen gemacht, die mich lehren, wie wenig Verständnis für gewisse Geschehnisse besteht und wie falsch geurteilt wird. Wie oft hörte ich die Meinung: „wenn nicht wir den Krieg angefangen hätten, dann hätten es bestimmt die anderen getan. Es ist gewiß schon anerkennenswert, wenn man zugibt, daß wir den Krieg angefangen haben; früher wurde es anders gepredigt und geglaubt. Aber man möchte die Schuld trotzdem dem Feinde zuschieben...“

Stimme der Parteien

Bürgermeister Kaufmann lebt und kommt wieder! Meine plötzliche schwere Erkrankung, nach dem Urteil meiner Aerzte die Folge einer Ueberarbeitung — nach Jahren der Sorge und bitteren Mangels — hat einigen „wohlmeynenden“ Auch-Politikern Anlaß gegeben, mein Abtreten von der politischen Bühne zu prophezeien und planmäßig Entsprechendes zu verbreiten. Ich kann mir nun sehr wohl vorstellen, wie erfreut gewisse Kreise über solches Verschwinden wären. Aber so leicht wird es den Herrschenden nicht gemacht, einen Mann abtreten zu lassen, der sich um die Zukunft des Vaterlandes so sehr bemüht hat.

Treffen der Bürgermeister Stuttgart, 18. Nov. (ap) Etwa siebenzig Bürgermeister der US- und des britischen Besatzungszone hielten am Freitag in Stuttgart eine Konferenz, um Probleme der Verwaltung und des Wiederaufbaus ihrer vom Krieg heimgesuchten Städte zu erörtern.

SPD-Interzonen-Frauentagung Frankfurt, 18. Nov. (dona) Die erste Interzonen-Frauentagung der SPD fand am 5. und 6. November in Frankfurt statt. 66 Delegierte der SPD aus den drei Westzonen und Berlin nahmen daran teil. Die Tagung richtete eine Botschaft an die Mitgliedstaaten der UN und an die sozialistischen Parteien der Welt, in der angesichts der Not des deutschen Volkes an das Gewissen der Welt appelliert wird.

Vom Baum des Lebens

Aber wir Menschen sind nun einmal so wie wir sind. — Wir können immer noch in Paradiesen weilen, aber wir halten es nie lange darin aus, wir haben den Hang, dahinter zu kommen, wie die Sache eigentlich ist, auch wenn wir sie zerstören müssen. Zur Strafe werden wir dann herausgeworfen in alles Leid des Lebens und wir müssen mit den Dingen, an denen wir uns freuten, nun kämpfen. Die meiste Sehnsucht nach den Paradiesesgärten des Lebens werden freilich immer die Künstler haben, und es soll den Cherubinen die dort Polizei halten, am allerstärksten fallen, dieses Volk hinauszutreiben. — Mit Furcht, fast mit verschlossenen Augen essen sie die Frucht vom Baum der Erkenntnis, sie verstecken sich alsdann hinter allerlei Buschwerk vor den Flammenschwertern, die das Paradies zu säubern haben, sie sind mühsam still, damit man sie nicht merken soll; ja ich glaubt manche haben die Absicht, hinten herumrath zu kommen, wie die Sache von Gut und Böse ist — wo auch der Baum des Lebens steht, wo dessen Früchten sie essen wollen. Aber die Polizei hat gute Augen und oft, wenn einer meint, jetzt sei er ganz nahe am Baume des Lebens, so wird er gefaßt und hinausgeworfen wie alle anderen. Er soll dann noch froh sein, wenn er auf die Erde fällt und mit seiner Kunst nach Brot gehen kann und er nicht in den Abgrund geschleudert wird, aus dem recht schwer sein soll, wieder herauszukommen. Wenn er von dem Walten Gottes, das sich durch das Wesen der Menschheit hinzieht, auch nicht umschlossen fühlt, so kann dies ihn retten aus allen Zweifeln. (Hans Thoma „Im Herbst des Lebens“)

Man kommt nach Berlin. Steht vor einer Plakatsäule. Plakate aller Parteien, Auftritte des Magistrats — und Theaterplakate. Ein großes, auf dem die sieben städtischen Theater — Deutsche Staatsoper, Schauspieloper, Deutsches Theater mit den Kammertheater, Heroldtheater mit der Volksbühne, das Theater am Schiffbauerdamm mit dem Märchentheater, das Schloßparktheater in Steglitz und das Metropol-Theater — ihren Spielplan verzeichnet haben. Daneben die Plakate mit den Erstaufführungskundigungen und schließlich die Spielpläne der kleineren und Peripherietheater. Außerdem Anzeigen von Konzert- und Kammermusik-Veranstaltungen. Anzeigen von Filmen aller Länder und Anzeigen der Kabarets. Man sieht auf den ersten Blick, es ist allerhand los in Berlin. Nun besucht man die einzelnen Theater. Drei verschiedenen Typen von Intendanten kann man begreifen, Intendanten, die zugeben, daß sie die klassischen Stücke den modernen vorziehen, Intendanten, die vorgeben, Zeittheater spielen zu wollen. Aber spielen tun sie alle das Gleiche. Nämlich: erstens, Stücke, die Kasse machen (sollen), zweitens, Stücke, die politisch indifferent sind (wer in prominenter Stellung will heute Farbe bekennen), drittens, Stücke, die den Besitzungsbehörden gefallen, in deren Sektor das betreffende Theater liegt, viertens, Stücke, die sich die einzelnen Herren Regisseure schon seit langem wünschen, fünftens, Stücke, die den Stars der einzelnen Theater zugehen (wobei jedoch kein Theaterleiter zugibt, dies zu sein). Theaterspieler, die alle sind sich für den Einsatz jünger, begabter und unbekannter Kräfte, die es aber leider nirgends gibt) und sechstens, Stücke, die der Kritik gefallen (können). Denn die Kritik ist eine besondere Sache in Berlin. Ungefähr dreißig geistreiche Menschen bemühen sich so zu schreiben, daß das Publikum sagen kann, das Stück wäre ein Reinfall, die

Man kommt nach Berlin. Steht vor einer Plakatsäule. Plakate aller Parteien, Auftritte des Magistrats — und Theaterplakate. Ein großes, auf dem die sieben städtischen Theater — Deutsche Staatsoper, Schauspieloper, Deutsches Theater mit den Kammertheater, Heroldtheater mit der Volksbühne, das Theater am Schiffbauerdamm mit dem Märchentheater, das Schloßparktheater in Steglitz und das Metropol-Theater — ihren Spielplan verzeichnet haben. Daneben die Plakate mit den Erstaufführungskundigungen und schließlich die Spielpläne der kleineren und Peripherietheater. Außerdem Anzeigen von Konzert- und Kammermusik-Veranstaltungen. Anzeigen von Filmen aller Länder und Anzeigen der Kabarets. Man sieht auf den ersten Blick, es ist allerhand los in Berlin. Nun besucht man die einzelnen Theater. Drei verschiedenen Typen von Intendanten kann man begreifen, Intendanten, die zugeben, daß sie die klassischen Stücke den modernen vorziehen, Intendanten, die vorgeben, Zeittheater spielen zu wollen. Aber spielen tun sie alle das Gleiche. Nämlich: erstens, Stücke, die Kasse machen (sollen), zweitens, Stücke, die politisch indifferent sind (wer in prominenter Stellung will heute Farbe bekennen), drittens, Stücke, die den Besitzungsbehörden gefallen, in deren Sektor das betreffende Theater liegt, viertens, Stücke, die sich die einzelnen Herren Regisseure schon seit langem wünschen, fünftens, Stücke, die den Stars der einzelnen Theater zugehen (wobei jedoch kein Theaterleiter zugibt, dies zu sein). Theaterspieler, die alle sind sich für den Einsatz jünger, begabter und unbekannter Kräfte, die es aber leider nirgends gibt) und sechstens, Stücke, die der Kritik gefallen (können). Denn die Kritik ist eine besondere Sache in Berlin. Ungefähr dreißig geistreiche Menschen bemühen sich so zu schreiben, daß das Publikum sagen kann, das Stück wäre ein Reinfall, die

Man kommt nach Berlin. Steht vor einer Plakatsäule. Plakate aller Parteien, Auftritte des Magistrats — und Theaterplakate. Ein großes, auf dem die sieben städtischen Theater — Deutsche Staatsoper, Schauspieloper, Deutsches Theater mit den Kammertheater, Heroldtheater mit der Volksbühne, das Theater am Schiffbauerdamm mit dem Märchentheater, das Schloßparktheater in Steglitz und das Metropol-Theater — ihren Spielplan verzeichnet haben. Daneben die Plakate mit den Erstaufführungskundigungen und schließlich die Spielpläne der kleineren und Peripherietheater. Außerdem Anzeigen von Konzert- und Kammermusik-Veranstaltungen. Anzeigen von Filmen aller Länder und Anzeigen der Kabarets. Man sieht auf den ersten Blick, es ist allerhand los in Berlin. Nun besucht man die einzelnen Theater. Drei verschiedenen Typen von Intendanten kann man begreifen, Intendanten, die zugeben, daß sie die klassischen Stücke den modernen vorziehen, Intendanten, die vorgeben, Zeittheater spielen zu wollen. Aber spielen tun sie alle das Gleiche. Nämlich: erstens, Stücke, die Kasse machen (sollen), zweitens, Stücke, die politisch indifferent sind (wer in prominenter Stellung will heute Farbe bekennen), drittens, Stücke, die den Besitzungsbehörden gefallen, in deren Sektor das betreffende Theater liegt, viertens, Stücke, die sich die einzelnen Herren Regisseure schon seit langem wünschen, fünftens, Stücke, die den Stars der einzelnen Theater zugehen (wobei jedoch kein Theaterleiter zugibt, dies zu sein). Theaterspieler, die alle sind sich für den Einsatz jünger, begabter und unbekannter Kräfte, die es aber leider nirgends gibt) und sechstens, Stücke, die der Kritik gefallen (können). Denn die Kritik ist eine besondere Sache in Berlin. Ungefähr dreißig geistreiche Menschen bemühen sich so zu schreiben, daß das Publikum sagen kann, das Stück wäre ein Reinfall, die

Man kommt nach Berlin. Steht vor einer Plakatsäule. Plakate aller Parteien, Auftritte des Magistrats — und Theaterplakate. Ein großes, auf dem die sieben städtischen Theater — Deutsche Staatsoper, Schauspieloper, Deutsches Theater mit den Kammertheater, Heroldtheater mit der Volksbühne, das Theater am Schiffbauerdamm mit dem Märchentheater, das Schloßparktheater in Steglitz und das Metropol-Theater — ihren Spielplan verzeichnet haben. Daneben die Plakate mit den Erstaufführungskundigungen und schließlich die Spielpläne der kleineren und Peripherietheater. Außerdem Anzeigen von Konzert- und Kammermusik-Veranstaltungen. Anzeigen von Filmen aller Länder und Anzeigen der Kabarets. Man sieht auf den ersten Blick, es ist allerhand los in Berlin. Nun besucht man die einzelnen Theater. Drei verschiedenen Typen von Intendanten kann man begreifen, Intendanten, die zugeben, daß sie die klassischen Stücke den modernen vorziehen, Intendanten, die vorgeben, Zeittheater spielen zu wollen. Aber spielen tun sie alle das Gleiche. Nämlich: erstens, Stücke, die Kasse machen (sollen), zweitens, Stücke, die politisch indifferent sind (wer in prominenter Stellung will heute Farbe bekennen), drittens, Stücke, die den Besitzungsbehörden gefallen, in deren Sektor das betreffende Theater liegt, viertens, Stücke, die sich die einzelnen Herren Regisseure schon seit langem wünschen, fünftens, Stücke, die den Stars der einzelnen Theater zugehen (wobei jedoch kein Theaterleiter zugibt, dies zu sein). Theaterspieler, die alle sind sich für den Einsatz jünger, begabter und unbekannter Kräfte, die es aber leider nirgends gibt) und sechstens, Stücke, die der Kritik gefallen (können). Denn die Kritik ist eine besondere Sache in Berlin. Ungefähr dreißig geistreiche Menschen bemühen sich so zu schreiben, daß das Publikum sagen kann, das Stück wäre ein Reinfall, die

Man kommt nach Berlin. Steht vor einer Plakatsäule. Plakate aller Parteien, Auftritte des Magistrats — und Theaterplakate. Ein großes, auf dem die sieben städtischen Theater — Deutsche Staatsoper, Schauspieloper, Deutsches Theater mit den Kammertheater, Heroldtheater mit der Volksbühne, das Theater am Schiffbauerdamm mit dem Märchentheater, das Schloßparktheater in Steglitz und das Metropol-Theater — ihren Spielplan verzeichnet haben. Daneben die Plakate mit den Erstaufführungskundigungen und schließlich die Spielpläne der kleineren und Peripherietheater. Außerdem Anzeigen von Konzert- und Kammermusik-Veranstaltungen. Anzeigen von Filmen aller Länder und Anzeigen der Kabarets. Man sieht auf den ersten Blick, es ist allerhand los in Berlin. Nun besucht man die einzelnen Theater. Drei verschiedenen Typen von Intendanten kann man begreifen, Intendanten, die zugeben, daß sie die klassischen Stücke den modernen vorziehen, Intendanten, die vorgeben, Zeittheater spielen zu wollen. Aber spielen tun sie alle das Gleiche. Nämlich: erstens, Stücke, die Kasse machen (sollen), zweitens, Stücke, die politisch indifferent sind (wer in prominenter Stellung will heute Farbe bekennen), drittens, Stücke, die den Besitzungsbehörden gefallen, in deren Sektor das betreffende Theater liegt, viertens, Stücke, die sich die einzelnen Herren Regisseure schon seit langem wünschen, fünftens, Stücke, die den Stars der einzelnen Theater zugehen (wobei jedoch kein Theaterleiter zugibt, dies zu sein). Theaterspieler, die alle sind sich für den Einsatz jünger, begabter und unbekannter Kräfte, die es aber leider nirgends gibt) und sechstens, Stücke, die der Kritik gefallen (können). Denn die Kritik ist eine besondere Sache in Berlin. Ungefähr dreißig geistreiche Menschen bemühen sich so zu schreiben, daß das Publikum sagen kann, das Stück wäre ein Reinfall, die

Karlsruher SPIEGEL

Fragen von öffentlichem Interesse

Sind Frauen fähig, den gleichen Anteil am öffentlichen Leben zu nehmen wie die Männer oder nicht?

Das Forum Radio Stuttgart gab mit diesem aktuellen Thema den Karlsruhern im Konzerthaus Gelegenheit, ihre Ansichten und Vorschläge kundzutun. Sie nahmen die seltene Gelegenheit wahr, und besonders überraschte die große Anzahl jüngerer Männer. Für Frauen war die Stunde (11 Uhr) unglücklich gewählt.

Oberbürgermeister Veit dankte als Diskussionsleiter dem Entgegenkommen von Radio Stuttgart, das uns bis jetzt nur mit Sendungen aus der schwäbischen Heimat beehrte. Er forderte die Anwesenden zur regen Anteilnahme auf und zerstreute etwaige Bedenken der Ehemänner mit der Versicherung, daß ihre Namen nicht festgehalten würden.

Die Diskussionsleiterin Frau Minister Dr. Elfriede Paul, Maria Bredow, Bürgermeister Dr. Brandenburg und Studienrat Dr. Reichel sprachen je 5 Minuten zum Thema. Vielleicht hätte die Frage einer anderer Fassung bedurft. Aber immerhin wurde angeregt und nicht uninteressant debattiert. Ueberzeugend war die Stellungnahme von Dr. Brandenburg, der hervorhob, daß diese Frage nicht mit ja und nicht mit nein beantwortet werden könne. Es ginge nicht um die Gleichberechtigung, sondern welche Stellung die Frau im öffentlichen Leben einnehmen kann.

Die Politik sei ein sehr harter Kampf, und Beispielen sprechen nicht dagegen, aber auch nicht dafür. Problematisch bleibe die Verwendung der Frau in der Wirtschaft. Sie sei in den ihr spezifisch zustehenden Gebieten einzureihen. Ihre Beteiligung in sozialen Angelegenheiten entspräche ihren Anlagen.

Aehnlich äußerte sich Dr. Reichel. Die Frau sei leichter geneigt, sich in Kleinigkeiten festzufahren und seines Erachtens für letzte große Verantwortung nicht geeignet. Frau Minister Dr. Paul stellte zu Beginn ihres Referats die Frage: „Werden die Frauen genau so scheitern wie die Männer, die seit 2000 Jahren die Weltgeschichte regieren und Kriege nicht vermeiden konnten?“ Die Frau müsse das Beste hergeben, um Friedenspolitik zu treiben. Die Frauen seien nicht nur fähig, sondern verpflichtet, die nicht ganz zufriedenstellenden Resultate des Mannes zu ergänzen.

Maria Bredow skizzierte die Weltgeschichte und faßte zusammen, daß die Politik des Friedens zu einer Sache der Frau werden müsse.

In der anschließenden Diskussion richteten sich die Fragen insbesondere an Frau Minister Dr. Paul, die an Beispielen des Auslands die Möglichkeit der Verwendung der Frau in der Politik unterstrich. Ob sie damit allerdings in unseren Ländern Erfolg hätte, bleibt dahingestellt.

Oberbürgermeister Veit faßte das Ergebnis der Diskussion dahin zusammen, daß eine schematische Gleichstellung nicht möglich sei. Je nach Anlage und Wesensart müsse sich die Stellung der Frau ergeben. Er dankte den Anwesenden und vor allen Dingen Radio Stuttgart für den Vorstoß nach Württemberg-West, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Radio Stuttgart in absehbarer Zeit in das erschlossene Kolonialland wiederkehren möge.

Caritasfeierstunde in der Christuskirche. Am Sonntagmorgen veranstaltete der Karlsruher Caritasverband in der Christuskirche eine gut besuchte Feierstunde zu Ehren der hl. Elisabeth, der größten deutschen Heiligen und Schutzpatronin aller Werke der christlichen Caritas, deren Todes- und Festtag der 19. November ist. Im Mittelpunkt der Orgelmusik umrahmten Feier stand eine Ansprache von Bibliotheksdirektor Auer-Freysinger. In bewegten Worten entwarf der Redner, der eine harte Leidenszeit in den Konzentrationslagern Hitler hinter sich hat, ein erschütterndes Gemälde von der millionenfachen Not unserer Tage und umriß die Aufgaben der Caritas im Dunkel der Gegenwart. Die Caritasfürsorge umfaßt heute viele, die früher wohlhabend waren, aber durch den Krieg alles verloren haben. In feinen Strichen zeichnete Direktor Auer das wundersame und heroische Lebens- und Charakterbild der hl. Elisabeth, dessen unvermindert Glanz sieben Jahrhunderte überdauert hat.

Sonderaktion des Wirtschaftsamts Karlsruhe. Sämtliche Personen, die schriftlich einbestellt sind (gelbe Karte), werden gebeten, die bekanntgegebene Reihenfolge einzuhalten. Die Buchstabenfolge ist in den Bekanntmachungen und an den Anschlagtafeln ersichtlich.

Dr. Konrad Adenauer, der frühere Oberbürgermeister von Köln und jetzige Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, spricht heute Dienstag, 19. Nov. 1946, abends 20 Uhr, im Städtischen Konzerthaus bei einer Wahlkundgebung der CDU. Eintritt frei. Saalöffnung 19.30 Uhr. Die Kundgebung wird durch Lautsprecher auf den Festplatz übertragen.

Kundgebung der SPD. In einer Großkundgebung der SPD spricht Oberbürgermeister Hermann Veit am Donnerstag, den 21. November, um 20 Uhr, im Karlsruher Konzerthaus.

Kunstausstellung. Am Sonntag früh eröffnete Bücher-Beisel mit einem kurzen feierlichen Auftakt seine Ausstellung, Toni Weidner vom Bad. Staatstheater sprach Sonette von H. Graef und Albrecht Haushofer. Die Ausstellung zeigt Plastiken von H. Graef und Aquarelle und Federzeichnungen v. H. Meyer-Weingarten. Eine ausführliche Besprechung folgt.

Geburtsfest. Am 20. 11. 1946 feiert die älteste Bürgerin der Stadt Karlsruhe, Frau Mathilde Ebert, ihren 95. Geburtsfest. Von 1877-1897 leitete sie als Vorsteherin die Karlsruher Frauenschulen. 1895 wurde Frau Ebert zur Hauptlehrerin ernannt. Die Jubilarin, die 1897 als Vorsteherin der Frauenschulen zurücktrat, steht heute noch in Verbindung mit der Schule.

Goldene Hochzeit. Die Eheleute Heinrich Freymüller, Karlsruhe-Durlach, Mittelstr. 8, feierten am 14. November 1946 das Fest ihrer goldenen Hochzeit. Am 15. November 1946 feierten die Eheleute Jakob Flaxmeier, Karlsruhe-Durlach, Christofstr. 2, ebenfalls das Fest ihrer goldenen Hochzeit. Der Oberbürgermeister ließ den Jubelpaaren die herzlichsten Glückwünsche nebst einer Ehrengabe übermitteln.

Mit der Gewerkschaft in eine bessere Zukunft!

Generalversammlung des ADGB Karlsruhe und Umgebung

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) hielt am Samstag, 16. November 1946, im Zielersaal zu Karlsruhe seine halbjährliche Generalversammlung ab, zu der die Delegierten aus Karlsruhe und Umgebung zahlreich erschienen waren. Der Vorsitzende, Kollege Flößer, konnte als Vertreter der Regierung Landesdirektor Klausmann, der Landesversicherungsanstalt, Oberregierungsrat Eichlenlaub, des Gewerbeaufsichtsamtes Gewerbeoberinspektor Dewald, des Hauptarbeitsamtes Direktor Konz und des Schlichtungsamtes Arbeitsschlichter Klingele begrüßen. Aus dem von Kollege Flößer erstatteten Geschäftsbericht ergab sich ein Bild von der vorbildlichen und mühevollen Arbeit für den Neuaufbau der gewerkschaftlichen Organisation der Werktätigen aller Berufe und beiderlei Geschlechts. Der Kassenbericht des Kollegen Nies ergänzte die Ausführungen des Vorsitzenden. Der Mitgliederbestand bezifferte sich am 15. November 1946 auf rund 32 000, davon 25 500 männliche, 5000 weibliche, 1500 jugendliche Gewerkschafter. Die Tätigkeit der Rechtsberatung des ADGB vom 1. Januar bis 30. Juni 1946 erstreckte sich auf rund tausend Fälle, die Verwaltungstätigkeit umschließt rund 17 000 Einzelvorgänge. Die Finanzgebarung weist eine zufriedenstellende Bilanz in Einnahmen und Ausgaben auf. Kollege Bernauer stellte in seinem Revisionsbericht der Geschäfts- und Kassenführung ein gutes Zeugnis aus.

In seinem Referat über die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses aller Lohn- und Gehaltsempfänger stellte Kollege Deck fest, daß viele noch nicht die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation erfaßt haben. Viele erwarten von den Gewerkschaften Dinge, die in keiner Weise zur Zuständigkeit der Gewerkschaften gehören. Der gewerkschaftliche Zusammenschluß sei heute wichtiger denn je. Die politischen Parteien hätten jede eine andere Auffassung vom Sozialismus. Nach wie vor herrsche in Deutschland das kapitalistische System, dem man nur seine imperialistischen Klauen beschneiden habe. Was in der deutschen Landwirtschaft vor sich gehe, sei geradezu ein öffentlicher Skandal. Hier versagen die Parteien, für die die Bauern als Stimmwähler wichtiger als für die Ernährung des Volkes seien. Es sei höchste Zeit, daß die Gewerkschaften die Parteien auf ihre wirkliche Aufgabe hinweisen. Die Gewerkschafter müßten innerhalb ihrer Parteien darauf hinwirken, daß die Interessen der Werktätigen von den Parteien besser wahrgenommen würden.

Im einzelnen behandelte der Referent Fragen des Preis- und Lohnstopps. Wenn heute die Unternehmer eine zehnpromtente Preis-erhöhung für ihre Erzeugnisse fordern, dann wollen sie damit nur die Schwarzpreise ausgleichen, die sie selber bezahlen. Es gebe nur ein wirksames Mittel gegen den Schwarzmarkt:

Baden von Württemberg benachteiligt

Paritätische Verteilung der Verbrauchsgüter gefordert

Oft konnte man vor Jahren hören: In Berlin werden die Gesetze gemacht, in Bayern nimmt man davon Kenntnis, in Württemberg werden sie wohlwollend erwohnen und Baden, das Musterland, führt sie durch. Diesen Auspruch, dem dem Sinne nach etwas Wahres anhaftet, scheint unser Ehegatte, der schlaue Schwabe, auch zu kennen und darnach zu handeln. Wir Badener denken fortschrittlich und sagen, es hat keinen Sinn, bei Bretten oder Frauenalb einen Schlagbaum als äußeres Zeichen der Landesgrenze zu errichten. Dies ist keinesfalls so aufzufassen, daß wir damit die Segel streichen und uns vor einem kurzschrittigen, bürokratischen schwäbischen Beamtenapparat, der nur seine ureigensten Landes- oder Städteinteressen vertritt, beugen. Wenn sich nun in letzter Zeit die Stimmen berechtigter Mißtrauens häufen, so liegt dies daran, daß die Schwaben nach dem Motto: „Die Katze läßt das Mäusen nicht“ ihre örtlichen Belange vor die der Landesinteressen Württemberg-Badens stellen.

Zwei Beispiele beleuchten auf dem Ernährungssektor die augenblickliche Lage und geben damit das Signal für unsere am 24. November zu wählenden Abgeordneten, äußerster Vorsicht bei allen badischen Interessen walten zu lassen und als erstes eine paritätische Verteilung unter Berücksichtigung der ver-

zweifelten Lage Badens, die durch die Kriegseinwirkungen und Schaffung der Zonen Grenzen sich ergeben haben, zu verlangen. Württemberg hat zur Kinderspeisung Kakaoextrakt und Eismilch für sich aus den gemeinsamen Beständen freigegeben. Für die schwäbischen Kinder freut uns diese Tatsache, aber damit kann diese Angelegenheit keinesfalls für die badischen Kinder als erledigt betrachtet werden. Ich werfe nun die Frage auf: Aus welchem Kontingent wurden die Rohstoffe zu dieser Speisung zur Verfügung gestellt? Doch nur aus dem gemeinsamen Württemberg-Badens, und damit wurden unsere badischen Kinder zugunsten der württembergischen geprellt.

Als letzte Neuigkeit ist zu verzeichnen, daß es in Württemberg für 50 g Roggenbrot Nährstoffe gibt. Wer hat hier zur Verabreichung den Zucker und die wegeren Rohstoffe gestellt? Oder sollte Württemberg ein Geheimrezept besitzen, aus Roggenmehl ohne Zutat Süßwaren herstellen zu können? Man könnte die Liste solcher Benachteiligungen der Badener zugunsten der Württemberger beliebig verlängern. Baden wurde ausgespielt um dadurch für Württemberg weitere Vorteile herauszuholen. Von Württemberg werden Berichte herausgegeben, die keinesfalls von einer Behörde in Baden stammen, sondern in Württemberg eben einfach so frisiert wurden, wie man sie dort benötigt.

Auf Grund der bis heute gemachten Erfahrungen muß mit einer sofortigen Revision der entsprechenden Referate begonnen werden. Es ist nicht angehängt, daß dem Landesernährungsamt Stuttgart, das für Württemberg zuständig ist, gleichzeitig Aufgaben eines Landwirtschaftsministeriums unter Federführung des Wirtschaftsministeriums für Württemberg und Baden übertragen sind; denn die subjektive Einstellung der schwäbischen Beamten oder Angestellten hat offenkundig gezeigt, wie in allen Dingen die Wahrung der württembergischen Belange das Hauptziel in ihrem Aufgabenbereich ist. Die Forderung der badischen Bevölkerung und Wirtschaft ist: Schaffung eines Landwirtschaftsministeriums, dem das Landesernährungsamt Stuttgart für Württemberg und das Landesernährungsamt Karlsruhe für Baden unterstellt ist. Bei der Bildung dieser übergeordneten Instanz ist es vor allem notwendig, für eine paritätische Stellenbesetzung zu sorgen. Die Ausschichten für eine Besetzung der Ernährungsstelle sind vorerst nicht gegeben. Diese Tatsache erfordert unbedingt, daß die zur Verteilung stehenden Güter dem einzelnen Verbraucher gleichgültig ob Württemberg oder Badener gerecht vorgenommen wird; denn die Verhältnisse liegen in Baden weitaus ungünstiger als in Württemberg. Baden ist heute im Süden wie im Westen von zwei Gebieten getrennt, die gerade für seine Frischgemüse- und Obstversorgung von Bedeutung waren. Für Württemberg trifft dies nicht zu; denn die Tiefe des Hinterlandes ist dort ohne Zonenabschrankung verblieben. Durch die geographische Lage Badens und die Kriegseinwirkungen ist unser Land in jeder Beziehung gegenüber Württemberg benachteiligt, so daß es unter keinen Umständen eine weitere Benachteiligung durch irgendeine Behörde ertragen kann. Willi Schöpf, Stadtrat.

Der Weg in die Zukunft
Im überfüllten „Kronen“-Saal sprach Bürgermeister Heurich in Daxlanden. In seinen Ausführungen gab der Redner ein Bild des katastrophalen Elendes der Gegenwart. Er betonte, daß sieben bis acht Millionen deutsche Menschen in der Gefangenschaft leben. Es sei ein Bild des Elendes auf allen Gebieten. Das deutsche Volk habe die Kraft, sich aus diesem Chaos herauszuarbeiten und wird dies der Welt zeigen, nur muß die Welt die Notstände des deutschen Volkes erkennen. Besonders begrüßte er die Erklärungen von Churchill und Attlee. Das Fühlen mit der Menschlichkeit hätte sie zu Erklärungen veranlaßt, die angetan sind, Deutschland wieder auf seinen alten Lebensstandard zurückzubringen. Liebe muß anstatt der Rache stehen. Gegen den Klassenkampf stellte der Redner die notwendige geistige Auseinandersetzung.

In unserer heutigen Existenzkampf stünde an erster Stelle das Wohnungs- und Siedlungsproblem. Wir wollen unsere ganze Kraft einsetzen für den Aufbau unseres Vaterlandes; dazu aber brauchen wir das volle Vertrauen des Volkes. O. K.

Aussichten auf bessere Gemüseversorgung

1947 soll schärfer durchgegriffen werden

Das Landesernährungsamt hatte am Montag die Vertreter nordbadischer Städte und der Gewerkschaften zu einer Besprechung der Gemüsebauplanung für 1947 und der in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Erfassung und Sicherung der Ernte eingeladen. Der geschäftsführende Vorsitzende des Gartenbauwirtschaftsverbandes, Herr Depner, gab zunächst einen Bericht über die Erträge der diesjährigen Ernte. Von einer Gesamtanbaufläche von 5 000 ha seien in Nordbaden 2 878,4 t Gemüse erfaßt worden und in den letzten Wochen noch 2 500 t weiße Rüben. Das habe den Bedarf einer Bevölkerung von 1,2 Mill. natürlich nur notdürftig decken können, zumal ein Teil des Aufkommens noch für andere Zwecke abgezweigt werden mußte. Immerhin habe man von diesen Mengen noch ansehnliche Posten der Konservenindustrie zuführen und eine Reserve zurücklegen können. Auch 134 t Obst seien von der sehr schlechten Ernte für diesen Zweck erübrigt worden und würden für die Verteilung an Kleinkinder und Krankenhäuser bereitgehalten. Man bemühe sich gegenwärtig, noch einen größeren Posten Steckrüben auswärts herbeizuschaffen, um einen Ersatz für ausfallende Kartoffeln zu haben. 2 100 t Weißkraut und einen größeren Posten Sauerkraut für Volksküchen habe man bereits herein holen können.

Für das Anbaujahr 1947, so fuhr Herr Depner fort, seien heute bereits Maßnahmen getroffen worden, die eine beträchtliche Steigerung der Ernte erwarten ließen. Die meisten

Gärtnereien seien schon mit Kohle und Glas beliefert und müßten im zeitigen Frühjahr über genügend Pflanzenmaterial verfügen; Mangel an Saatgut sei immer noch vorhanden, aber man erwarte Lieferungen aus Mitteldeutschland. Unumgänglich notwendig sei es, daß die nächste Ernte schärfer erfaßt werde als die heutige, von der schätzungsweise rund die Hälfte durch den Schwarzhandel der ordnungsmäßigen Bewirtschaftung entzogen worden sei.

Der Vertreter der Stadt Heidelberg hielt es für wichtig, die Bezirksabgabestellen schärfer zu beaufsichtigen. Als Vertreter der Karlsruher Gewerkschaften verlangte Herr Sennekamp umfassendere Maßnahmen gegen den Schwarzhandel; wenn die Landespolizei allein nicht mit ihm fertig werde, könne man vielleicht ehrenamtlich tätige Polizeibeamte aus dem Kreis der Gewerkschaften zu ihrer Unterstützung heranziehen. Bürgermeister Riedinger von Karlsruhe erklärte, daß die Stadt Karlsruhe der Neuanlage von Kleingärten ihr besonderes Augenmerk widme. So gedanke man im nächsten Frühjahr Gelände für 3 000 Gärten in der Größe von 3 bis 4 Ar zur Verfügung stellen zu können, die man in der Hauptsache auf den beim Brennholzschlag sich ergebenden Kahlflecken anlegen wolle. Auch die Schaffung einer Gemüsekarte empfehle sich, die eine gerechtere Verteilung der Ernte verspreche. Einmütigkeit herrschte darüber, daß diese Karte auch an alle Kleingärtner gegeben werden soll, die nicht mehr als 6 Ar bewirtschaften.

Drei Premieren am Wochenende

Bad. Staatstheater: Neuinszenierung „Fidelio“

Von Ludwig van Beethoven

Diese Premiere war zweifellos das stärkste künstlerische Erlebnis der bisherigen Opernaufführungen im Staatstheater. Das Opernensemble hat mit Fidelio bewiesen, daß es zu überdurchschnittlichen Leistungen befähigt ist — wenn es klug geführt wird.

Das dramatische Geschehen in Fidelio gibt eine Szene zu setzen, wird immer schwieriger sein, da das Werk seiner ganzen Anlage nach ein symphonisches Oratorium ist, das Beethoven komponierte unter Außerachtlassung sehr vieler Bedingungen, denen die Oper sonst unterworfen ist. Rein gattungsmäßig ist das Werk nicht mehr als ein Singspiel in der Art der damaligen Befreiungsdramen, wie sie nach der französischen Revolution zwangsläufig in Mode kamen. Beethoven konnte keine Konzessionen machen, weil für ihn jede musikalische Verkündung die Mitteilung eines Erlebnisses war.

Die Inszenierung im Staatstheater war aus dem Grunde eine künstlerisch hochwertige, weil sie von einer „Interessengemeinschaft“ angefertigt wurde, wie sie glücklicher nicht sein könnte. Während der Dirigent Otto Matzerath die Gedanken und Regungen in der Musik in den sichtbaren dramatischen Ablauf transportierte, inspirierte der Bühnenbildner Heinz-Gerhard Zircher die Handlung vom rein konstruktiven und farblichen Standpunkt aus. Gewiß setzt sich aus diesen beiden Komponenten, die der jeweilige Regisseur dann koordinieren muß, jede Opernregie zusammen, aber nicht immer entsteht eine derart geschlossene Gesamtauführung wie in unserem Falle.

Hinzu kommt allerdings die immer wieder erstaunliche Sicherheit in bezug auf Aesthetik und Stilmitteln (hier Goya) und der betriebliehe geniale Zug ins Große Zirchers, den er gerade auch mit diesen Bühnenbildern wieder bewiesen hat, und das urmusikalische Wesen, gepaart mit einer höchsten Präzision von Ge-

neralmusikdirektor Matzerath für den der Rhythmus, der ja das Schaffen Beethovens beherrscht, ein Bewegungsausdruck des Empfindens ist. So wurden bei Matzerath, dessen Orchester sich wieder als edler Klangkörper gezeigt hat, schon die Ouvertüren zu symphonischen Dichtungen, für die das vorschwebende Libretto die Verdeutlichung der Empfindungsentwicklung abgibt. Der harmonische Ablauf wurde nur durch den kleinen Schönheitsfehler bei dem Quartett am Ende des ersten Bildes etwas unterbrochen, in dem die Personen ein wenig beziehungslos zueinander, ziemlich steif und abgemessen, gruppiert waren. Abgesehen davon verstanden es die beiden Regisseure das Geschehen immer so zu steigern, daß es zu dem bewegten Höhepunkt im letzten Bild zwangsläufig kommen muß.

Wesentlich zum Erfolg des Abends trugen die Gesangsleistungen bei. So in erster Linie Paula Baumann als Leonore, deren unerbötlich modulationsreiche, an Volumen selten so umfangreiche Stimme, immer wieder zum Erlebnis wird. Das Organ wirkt auch noch beim stärksten Fortschritt immer noch kultiviert und angenehm. Die Sängerin gehört in ihrem Fach zweifellos zu den stärksten Erscheinungen in der deutschen Oper. Auch der Florentin, von Karl Rumpf als Gast gesungen, war eine einwandfreie Leistung. Der Sänger verfügt über ein tragfähiges, in allen Lagen gutausgeglichenes Organ, das an Kultur noch gewinnen würde, wenn er es manchmal mehr in der Gewalt hätte. Als Marzelline hatte Hannelore Wolf-Ramponi einmal die Partie in der sie ihr ureigenstes Können nachdrücklich beweisen konnte. Ihre schlanke, angenehm timbrierte Stimme, die jede Höhe mühelos und unbeschwert beherrscht, setzt sie im Verein mit einer natürlich, liebreizenden Darstellung in die Lage, das Bild des Mädchens Marzelline plastisch werden zu lassen. Edmund Eichinger betonte bewußt die Bösartigkeit des Pizarro, ganz im Sinne der

Schwarz-Weißinszenierung. Hinzu kommt noch sein gut fundiertes, heldisches Organ. Als Rocco überzeugte zum erstmaligen in größerer Partie S. Mezezy von seinen ausgezeichneten stimmlichen Qualitäten. Das Staatstheater hat mit seiner Verpflichtung einen guten Griff getan, denn die, gerade in der Tiefe, sehr klare und nachschwingende Stimme ist noch sehr entwicklungsfähig. Eugen Ramponi sang und spielte sehr kultiviert den Don Fernando. Man möchte diesen Sänger, der über so ausgesprochen gute stimmliche Mittel verfügt, gerne einmal in größeren Partien sehen und hören. Die kleinen gesanglichen Mängel Rob. Kieffers als Jaquino überdeckte der Künstler durch sein Spiel. Der verstärkte Chor sang einwandfrei und sehr diszipliniert.

Dem Ensemble mit Matzerath und Zircher an der Spitze stützte das Publikum einen sehr verdienten, überreichen Dank ab. Auf Grund des Erfolges von Fidelio lassen die kommenden Premieren weiterhin noch Außergewöhnliches hoffen. M. Nagel

„Der Tod en vogue“

Gastspiel der Stadt. Bühnen Heidelberg mit „Galgenfrist“, von Paul Osborn.

Wir haben durch unsere hermetische Absperrung in den „1000 Jahren“ viel nachzuholen, aber so allmählich zeichnet sich doch ein klares Bild über das ausländische Bühnenschauspiel der letzten Jahre ab. Und da sind die Toten oder der Tod, vor allem bei den Amerikanern (allerdings auch bei den Franzosen und Engländern) beinahe obligatorisch geworden. Gewiß sind manche Stücke von überdurchschnittlichem Niveau, es gibt jedoch auch schwächere darunter, und zu ihnen gehört sicher „Galgenfrist“. Ist schon das Thema um die Ueberlistung des Todes nicht gerade neu, so ist die Konzeption des Werkes für europäische Begriffe teilweise reichlich primitiv. Das heißt, man müßte mehr Stücke von Osborn kennen, denn man weiß nicht immer genau, ob der Dichter ein wahrhaft großer Geist ist, oder nur ein kleiner Südküschreiber! Diese als modernes Märchen konzipierte Spiel-

erei mit irrationalen Gedanken ist wohl durchsetzt mit einigen geistreichen Wortspielereien und handfester Situationskomik, aber die letzte große Linie fehlt. Und wir Deutsche sind einer immerwährenden Negierung aller Lebensbejahung gerade jetzt leicht überdrüssig.

Die Aufführung wurde getragen von der glänzenden Charakterisierungskunst Armin Waldeck-Süßenguth's als Julian Northrup, der trotz starker Indisposition (die diesmal der Rolle zugeht kam!) die überragende Leistung des Nachmittags vollbrachte. Sein Enkel Pud wurde von dem kleinen Peter Hacker mit überraschender Natürlichkeit gespielt, Karl Heinz Schäffer war Mr. Brink, der Tod, unheimlich, schleichend und unumgänglich. Trude Kuhn spielte die verwöhnte alte Großmutter und Maria Hofen war die frömmelnde hysterische alte Jungfer in Person. Von den übrigen Mitwirkenden seien noch Toni Dameris, Jochen Blume, Magda Maria Peters und Georg Lehmann genannt. Für die zügige Regie zeichnete Carl Balhaus und für das gut entworfene Bühnenbild Wolfgang Böttcher verantwortlich. Das Publikum blieb bei dem interessanten Experiment ziemlich kühl. Ng.

Neues Theater: Der Wildschütz

von Albert Lortzing

Warum begehrt das Neue Theater bei der Gestaltung seines Opern-Spielplans den großen taktischen Fehler, Werke desselben Genres auszuwählen, wie sie auch das Staatstheater bringt? Denn bei aller Sympathie dem jungen Unternehmen gegenüber muß dann doch festgestellt werden, daß es jetzt noch nicht über die künstlerische Leistungsfähigkeit verfügt, sich mit den Aufführungen des Staatstheaters messen zu können. Und da in der Kritik der beiderseitigen Aufführungen insofern eine Diskrepanz entstanden ist, als sie bei den Durlacher Aufführungen logischerweise nicht dieselben Maßstäbe anlegen

konnte wie beim Staatstheater, muß das Neue Theater in Zukunft andere Wege gehen, wenn es weiterhin in Karlsruhe ernstgenommen werden will. Die Ziele sind gewiß lobenswert, die sich die Leitung des Neuen Theaters gesteckt hat, aber der Weg darf dabei nicht „oben“ beginnen, sondern muß über verschiedene, im Theaterbetrieb nun einmal nicht zu umgehende Etappen langsam zu den Zielen führen. Das gilt vor allem für das Opernensemble, in dem sich das Orchester und die Solisten erst allmählich aufeinander einspielen können, da ein paar gute Solisten noch lange keine gute Aufführung ergeben, wenn das Gesamte noch große Mängel aufweist.

Und diese Mängel traten auch wieder beim Wildschütz auf. Besonders das Orchester (das ist das Karlsruher Publikum nun einmal verwöhnt) besitzt noch nicht die Homogenität über die es als Opernorchester verfügen müßte. Dies kann auch der zweifellos begabte Werner Idler nicht erzwingen, und so entstanden durch Temperverschiebung, nicht präzise Einsätze usw. für den objektiven Zuhörer manche peinlichen Momente. Hier ist eine mühevoll und unermüdliche Arbeit nötig, um das Orchester wirklich opernreif zu machen. Für die Solisten gilt das Obenerwähnte. Einzelne gute Stimmen wie der Bariton Erwin Hodapp, die Altistin Gertrud Wächter und die Sopranistin Katharina Nicolai ragen alzu zusammenhanglos aus dem Gesamtrahmen heraus, während beispielsweise Walter Steinöl beinahe als Höflichkeitparodie wirkte und Fee von Nippold stimmlich noch sehr unreif ist. Gewiß hat sich auch Walter Eisenlohr um eine möglichst schwungvolle Regie und Erich Franke um ein passendes Bühnenbild bemüht. Auch war all diesen Bemühungen ein gewisser äußerer verdienender Erfolg beschieden. Aber das Neue Theater darf nicht den Fehler begehen, sich davon etwa einfüllen zu lassen, sondern muß den für die Bühne zweifellos vorhandenen Schwierigkeiten Rechnung tragen und auf musikalischem Gebiet vollkommen andere Wege gehen, wenn es als Bühne von Niveau bestehen will. Ng.

